Deutscher Bundestag 5. Wahlperiode

Drucksache V/2295

Bundesrepublik Deutschland Der Bundeskanzler

Bonn, den 23. November 1967

II/5 — 84001 — 6249/67

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Gesetz über die Gebäude- und Wohnungszählung 1968

(Wohnungszählungsgesetz 1968)

hier: Anrufung des Vermittlungsausschusses

Bezug: Drucksachen V/1813, V/1934, V/1972, V/2092, V/2168 und

V/2178

Hiermit übersende ich die Abschrift eines Schreibens an den Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, Herrn Ministerpräsident Dr. Zinn, vom 23. November 1967 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Brandt

Abschrift

Bundesrepublik Deutschland Der Bundeskanzler

Bonn, den 23. November 1967

II/5 — 84001 — 6249/67

An den Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses des Deutschen Bundestages und des Bundesrates Herrn Ministerpräsidenten Dr. h. c. Dr. e. h. Zinn

Ich beehre mich mitzuteilen, daß die Bundesregierung beschlossen hat, hinsichtlich des vom Deutschen Bundestag am 28. Juni 1967 verabschiedeten

Gesetzes über die Gebäudeund Wohnungszählung 1968 (Wohnungszählungsgesetz 1968)

zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes mit dem Ziel einberufen wird, daß eine Einigung über die Kostenregelung in Anlehnung an die Verständigung zwischen Bund und Ländern anläßlich der Großzählungen 1960/1962 gefunden wird.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Brandt